

# Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden  
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg ——— Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 28/29.

Charlottenburg, Freitag, den 31. Juli 1922.

49. Jahrg.

## 11ter Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

### II.

In seinem Referat über: „Organisationsformen und Methoden der Gewerkschaftsbewegung“ verwies Larnow darauf, daß die Förderung auf Schaffung von Industrieverbänden keine neue sei, aber die Auffassungen über die Art und den Aufbau der zu schaffenden Industrieverbände gingen weit auseinander. Vor allem seien es zwei sich entgegenstehende Prinzipien, über die die Auffassungen noch nicht geklärt sind. Das eine Prinzip will die horizontale und das andere die vertikale Gliederung der Industrie zur Grundlage für die Industrieorganisationen machen. Durch die verschiedenen Tendenzen, die bei der Konzentration des Kapitals in Erscheinung treten, wird die Sache noch schwieriger. Es sei zu bedenken, daß Konzentration der Gewerkschaften allein die Kampfkraft der Arbeiter und der Organisationen noch nicht erhöhen; wichtig sei dabei auch das Zahlenverhältnis der Organisierten zu den Nichtorganisierten. Eine plötzliche und willkürliche Umformung der Gewerkschaften sei weder zweckmäßig noch durchführbar. Nicht durch Zwang, sondern durch Förderung des organischen Wachstums müsse die Konzentration der Gewerkschaften angestrebt werden. Insbesondere sei eine Gleichmäßigkeit der Beitragsregelung und Unterstützungseinrichtungen anzustreben.

Digmann verlangte in seinem Referat, daß der Gewerkschaftskongress eine neue Linie festlegen müsse, nach welcher die Konzentration der Gewerkschaften beschleunigt werde. Es sei ungesund, daß sich jetzt in einem Betrieb mehrere Organisationen bemühen müssen, und daß bei den mit einer Arbeitgeberorganisation zu führenden Lohnverhandlungen eine große Anzahl Arbeitnehmerorganisationen aufmarschieren. Im Kampfe ist der große Industrieverband leistungsfähiger als der Berufsverband, und der Vorteil der besseren Beweglichkeit der Berufsverbände kann durch eine planmäßige Gliederung der Industrieverbände in Fach- und Berufsgruppen gewahrt werden. Es kann nicht eingesehen werden, daß der Heizer- und Maschinistenverband bestehen bleiben soll. Bei der Zuteilung dessen Mitglieder zu Industrieverbänden werden die Kräfte der Gesamtbewegung mehr nutzbar gemacht werden, als heute, wo sie eine wesentliche Erschwerung der Kämpfe herbeiführen.

Es wurden folgende Entschlüsse angenommen:

### I.

Die allgemeine ökonomische Entwicklung vollzieht sich in schnellem Tempo zu großen industriellen Unternehmungen und damit zur Konzentration kapitalistischer Kräfte. Der großindustrielle Entwicklungsprozeß hat weiter dazu geführt, daß eine Trennung der Unternehmungen auf rein beruflicher Grundlage mehr und mehr in den Hintergrund tritt. An ihre Stelle sind Industrie-Unternehmungen getreten, die im Produktionsprozeß eine Reihe einzelner Fachgruppen einheitlich umfassen. Die organische Zusammenfassung kapitalistischer Kräfte geht jedoch darüber hinaus. Sie beginnt mit der Erzeugung und Gewinnung der Rohstoffe. Die Erzeugung und Gewinnung von Rohstoffen, ihre weitere Verarbeitung und Ausnutzung der sich ergebenden Nebenprodukte, der Transport und Verkauf der Ware stehen vielfach in enger Verbindung.

Dieser Entwicklungsgang wird von kapitalistischer Seite mit allen Kräften gefördert. Das zeigt sich in der Verbindung zusammenhängender oder verwandter Industriezweige, darüber hinaus in der Bildung von Konzernen, die mehr und mehr das ganze Wirtschaftsleben beeinflussen. Bei handwerksmäßigen Betrieben treten noch vielfach Kleinunternehmer hervor. Die Arbeiter der verschiedenen Handwerksberufe sind jedoch öfter an einem gemeinsamen Arbeitsplatz beschäftigt, so im Baugewerbe. Auch bei den handwerksmäßigen Betrieben vollzieht sich ein enger organisatorischer Zusammenschluß.

Im Kampfe der Gewerkschaften um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen muß deshalb dem stark organisierten Unternehmertum eine in große, leistungsfähige Industrieorganisationen zusammengefaßte Arbeiterschaft entgegengestellt werden. Der Gewerkschafts-

kampf wird benachteiligt und ein einheitliches Arbeiten aufs äußerste erschwert, wenn mehrere Berufsorganisationen in einer Industrie-Gruppe ihr Betätigungsfeld erblicken. Dasselbe trifft zu, wenn bei Tarifverhandlungen einem Unternehmer oder einer einheitlichen Unternehmergruppe eine Anzahl von Berufsorganisationen gegenüberstehen. Dies führt zu einem unnötigen Verbrauch an Kräften und Mitteln.

Die an die Gewerkschaften gestellten Anforderungen sind in den letzten Jahren gewaltig gestiegen. Die Aufgaben der Betriebsräte, sowie die Wirtschaftsfragen und die mit allen Kräften anzustrebende Sozialisierung können nicht genügend auf der Grundlage des einzelnen Berufs gefördert werden. Das kann erfolgreich nur durch Industrieorganisationen geschehen.

Aus allen diesen Gründen hält der 11. Deutsche Gewerkschaftskongress eine grundlegende Aenderung der bisherigen Gewerkschaftsformen und des damit verbundenen Gewerkschaftsrechts für notwendig. Für große zusammenhängende Industrien, z. B. Bergbau, Hütten- und Metallindustrie, Baugewerbe, graphisches Gewerbe, Transport- und Verkehrsgewerbe, öffentliche Betriebe und Verwaltungen, Textilindustrie, Leder herstellende oder verarbeitende Industrie, Holzindustrie, Lebens- und Genussmittelindustrie, Land- und Forstwirtschaft, einschließlich Weinbau und Gärtnerei, sind einheitliche Industrieverbände anzuerkennen oder zu schaffen. Dies geschieht durch den Zusammenschluß der heute noch vorhandenen Berufsorganisationen.

Ausgehend von dieser Anschauung, beauftragt der Kongress den Vorstand und Ausschuss des DGB, in kürzester Frist eine Vorlage ausgearbeitet, die einen organischen Aufbau von Industrieverbänden, deren Abgrenzung usw. vorsieht. Diese Vorlage ist zunächst den beteiligten Gewerkschaften zur weiteren Beratung zu überweisen.

### II.

Die arbeitsvertraglichen und sozialrechtlichen Verhältnisse der Angestellten und Beamten sind vielfach anders geartet, als die der Handarbeiter und bedingen deshalb besondere Gewerkschaftsorganisationen und Kampfmethoden. Aus diesem Grunde haben sich besondere Angestellten- und Beamten-Organisationen gebildet. Die Verwirklichung der Solidarität von Hand- und Kopfarbeitern erfordert jedoch eine ständige und innige Verbindung der beiderseitigen Organisationen. Der Kongress stellt mit Genugtuung fest, daß die im Abund vereinigten Angestelltenverbände nicht nur in der Organisation der Angestellten erfreuliche Fortschritte gemacht haben, sondern auch mit größtem Erfolge bemüht sind, ihre Mitglieder zu freigewerkschaftlicher Gesinnung und zum Bewußtsein der Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse zu erziehen.

Der Kongress sieht in dem vereinbarten Zusammenarbeiten des DGB und des Abundes sowie in der durchgeführten Unterteilung nach Fachgruppen ausreichende Möglichkeiten für ein gedeihliches gewerkschaftliches Zusammenwirken der Angestellten und Arbeiter. Er beauftragt den Bundesvorstand, seine Bemühungen fortzusetzen, um mit den gewerkschaftlichen Beamtenverbänden ein ähnliches Verhältnis herbeizuführen.

### III.

Die zunehmende Konzentration der Gewerkschaftsbewegung hat äußerlich ihren Ausdruck gefunden in der Gründung des DGB. Um den Konzentrationsprozeß im Innern weiter zu fördern, müssen die Bemühungen aller angeschlossenen Verbände darauf gerichtet sein, eine größere Einheitlichkeit in den Einrichtungen und Methoden herbeizuführen. Insbesondere hält der Kongress die Befolgung einheitlicher Grundsätze bei der Führung von Lohnbewegungen für unerlässlich und er fordert alle Verbände nachdrücklich zur Einhaltung der vereinbarten Richtlinien und Beschlüsse auf. Ohne zu übersehen, daß die unterschiedlichen beruflichen und wirtschaftlichen Verhältnisse eine vollkommene Gleichmäßigkeit der Beitragsregelung und Unterstützungseinrichtungen zurzeit ausschließen, hält jedoch der Kongress eine Angleichung der heute vorhandenen starken Unterschiede für möglich und zweckmäßig. Er empfiehlt den Verbänden, darüber Vereinbarungen herbeizuführen und beauftragt den Bundesvorstand, in diesem Sinne zu wirken. Einachend und fortgesetzt ist ferner zu prüfen, ob durch einheitliche, gegebenenfalls gemeinsame Maßnahmen auf den Gebieten der Ausrüstung und Verwaltung die Erfüllung dieser Aufgaben erleichtert und erfolgreicher gestaltet werden können.

Das vom Bundesvorstand und -ausschuß vorgelegte Streitreglement wird nach eingehender Diskussion an den Bundesausschuß zurückverwiesen. Einstimmige Annahme fand folgende Entschlußung:

Der Kongress erblickt in der Technischen Nothilfe eine Gefahr für die Bestrebungen der Arbeiterchaft. Namentlich ihr Eingreifen bei den Wirtschaftskämpfen der jüngsten Zeit hat bewiesen, daß sich diese Einrichtung immer mehr zu einer Streikbrecherorganisation entwickelt. Der Kongress lehnt daher die Technische Nothilfe grundsätzlich ab und erhebt entschiedenen Protest gegen die Verwendung öffentlicher Mittel für diese Einrichtung. Er hält weiter die Zugehörigkeit zur Technischen Nothilfe für unvereinbar mit der Mitgliedschaft in einer dem ADGB angeschlossenen Organisation.

Nach dem Referat Wissells und dem Korreferat Simons über: „Arbeitsgemeinschaften und Wirtschaftsräte“ wird in namentlicher Abstimmung ein Antrag auf sofortigen Austritt aus den Arbeitsgemeinschaften mit geringer Majorität abgelehnt. Es stimmten für den Austritt 345 Delegierte mit 3 582 429 Mitgliedern und gegen den Austritt 327 Delegierte mit 3 803 238 Mitgliedern. Nachdem eine Anzahl Delegierte (darunter auch 72 Metallarbeiter), die für den Austritt aus den Arbeitsgemeinschaften gestimmt hatten, erklärt hatten, daß sie durch die Abstimmung nicht hätten zum Ausdruck bringen wollen, daß nunmehr die Vertretungen aus den amtlichen und halbamtlichen Stellen ausscheiden sollten, sondern die Arbeitervertreter sollten auch weiterhin im Reichswirtschaftsrat, im Eisenwirtschaftsbund und in den Außenhandelsstellen verbleiben, wurde die folgende Resolution Wissells angenommen:

Der Gewerkschaftskongress fordert unter Aufrechterhaltung des Beschlusses des Gewerkschaftskongresses von Nürnberg die paritätische Teilnahme der Arbeiterchaft in allen Organen der Wirtschaft, auch jener, die heute noch der Unternehmerschaft allein vorbehalten sind.

Im Klassenkampf errungene Positionen freiwillig preiszugeben, wäre vom Standpunkt des Proletariats aus um so weniger zu verantworten, als sich von innen heraus die Umbildung der Wirtschaft vollzieht. Wo sich eine Möglichkeit der Interessenvertretung der Arbeiterchaft bietet, muß sie ausgenutzt werden. Nur unter Verkenning des Wesens des proletarischen Klassenkampfes kann man sich darauf beschränken, die Neugestaltung der Wirtschaft lediglich durch Angriffe von außen zu erreichen.

Das Ziel des Klassenkampfes ist die Befreiung des Proletariats vom Druck des Kapitalismus und die Ueberwindung der Macht des Privatkapitals zum Zweck einer Gestaltung der Wirtschaft, in der die Allgemeininteressen ausschlaggebend sind. Jede Stärkung der Macht des Proletariats führt diesem Ziele näher. Die größte Stärkung der proletarischen Macht liegt in dem geistigen Hineinwachsen der Arbeiterchaft in das Getriebe der Wirtschaft. Erst wenn die Arbeiter in allen Fragen der Wirtschaft mit voller Sachkenntnis sich mit den Unternehmern auseinandersetzen und auch auf diese Art den Klassenkampf erfolgreich zu führen vermögen, werden sie befähigt sein, die als Ziel erstrebte Wirtschaftsordnung aufzubauen und die Wirtschaft zu leiten. Alle Möglichkeiten des Hineinwachsens in die Wirtschaftsleitung hat die Arbeitnehmerschaft auszuapfen. Die Mitarbeit in den Organen der Wirtschaft wird das Proletariat unter Ausnutzung seines durch die politische Umwälzung vermehrten Einflusses im Staate für seine dauernden Aufgaben zu verwerten haben. Auf dem Boden der noch bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung wird das Proletariat zunächst noch zusammen mit dem Unternehmertum und mit Vertretung der ökonomischen Sachkunde desselben diejenigen Formen der Gütererzeugung und Güterverteilung zu errichten versuchen müssen, die es im Grade des Wachstums seiner politischen Macht und seiner in praktischer Mitarbeit erworbenen wirtschaftlichen und technischen Schulung Stück für Stück aus der kapitalistischen Privatwirtschaft in die sozialistische Gemeinwirtschaft überführen wird.

Eine Glanzleistung in jeder Hinsicht war das Referat des Genossen Professor Singheimer über: „Das zukünftige Arbeitsrecht“. Einleitend bemerkte er, daß das Arbeitsrecht an die wirtschaftlichen und geistigen Kräfte des gesellschaftlichen Lebens gebunden ist, und daß er deshalb solche Grundzüge entwickle, die auch bei den gegebenen Verhältnissen verwirklicht werden können. Dem Vortrag lagen folgende Leitsätze zugrunde:

### I.

Die Erneuerung des Arbeitsrechts muß von der sozialen Zusammengehörigkeit aller abhängigen Arbeit durch Vereinheitlichung des gesamten Arbeitsrechts ausgehen.

Die Einheit des Arbeitsrechts erfordert die planvolle Zusammenfassung aller Zweige des heute zerstückelten, unübersichtlichen und unverbundenen Rechtsstoffes für alle Arbeitnehmer in allen gemeinsamen Beziehungen, sowie die Errichtung von einheitlichen, dem Arbeitswesen besonders dienenden Arbeitsbehörden, die im demokratischen Aufbau alle Funktionen in sich vereinigen, die heute ohne inneren Zusammenhang, teils von allgemeinen Verwaltungsbehörden, teils in wachsender Zahl von Sonderbehörden wahrgenommen werden. Sie schließt innerhalb des allgemeinen Rahmens, nach Maßgabe besonderer Bedürfnisse, Mannigfaltigkeiten und Spezialisierung nicht aus.

Als dringendsten Schritt zur Vereinheitlichung ist nachdrücklich die Errichtung einheitlicher Arbeitsgerichte für alle Arbeitnehmer und für alle Arbeitsstreitigkeiten im weitesten Sinne zu fordern, und zwar, solange die einheitliche Arbeitsbehörde nicht besteht, als selbständige staatliche Behörden. Deren Überleitung in die einheitliche Arbeitsbehörde vorzuziehen und jederzeit möglich sein muß. Die Eingliederung der Arbeitsgerichte in die Amtsgerichte ist auch bei völliger Uebertragung förmlicher Amtsgarantien der bisherigen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte abzulehnen. Entscheidend dafür ist der innere Zusammenhang der gesamten Arbeitsrechtspflege, die das Schlichtungs- und Tarifwesen in sich schließt, sowie die Unlösbarkeit des Arbeitsvertrages als gesamten Arbeitsverwaltungsrecht (Arbeitsnachweis, Gewerbeaufsicht usw.). Die notwendige, vor allem im allgemeinen sozialen Staatsinteresse gelegene Beteiligung der Justiz an der Arbeitsrechtspflege ist auf andere Weise sicherzustellen, und zwar insbesondere durch Studienräte, Ausbildungszwang der Referendare und Pflichtjahre

der Gerichtsassessoren bei den Arbeitsbehörden, Ernennung arbeitsbehördlich vorgebildeter Richter zu Arbeitsrichtern und durch gemeinsame Entscheidung der bei den Arbeitsbehörden vorgelegten obersten Landesverwaltungsbehörden in Verbindung mit der Landesjustizverwaltung.

### II.

Die bewegende Kraft für die innere Fortbildung, Anwendung und Durchführung des Arbeitsrechts ist nicht in erster Linie das staatliche Recht und die staatliche Behörde, sondern die soziale Selbstgesetzgebung und Selbstverwaltung organisierter Wirtschaftsgruppen. Aufgabe des Staates ist, Freiheit und Wirksamkeit dieser Kraft zu erhöhen, sie insbesondere auch zur Anpassung zwingender allgemeiner Vorschriften (z. B. über die Arbeitszeitregelung) an wechselnde und besondere Verhältnisse im Rahmen bestimmter Voraussetzungen zu be- rufen. Darum bedarf es:

1. eines positiven Koalitionsrechts, das die Gewerkschaft als soziales Organ anerkennt, bezwecken die Erlangung ihrer Rechtsfähigkeit erleichtert, eine unbeschränkte vermögensrechtliche Haftung ausschließt, dafür eine tätige Haftung für die Erhaltung der Produktionsmittel (Notstandsarbeit) an Stelle staatlicher Maßnahmen (Technische Nothilfe) anstrebt, auf die Vermeidung wirtschaftlicher Kämpfe, nicht durch Zwangseingriffe, wohl aber durch ein freiwilliges, durch innere Autorität wirkendes Schlichtungsverfahren, abzielt, im Kampfe aber notwendige Kampfmaßnahmen, insbesondere das Streikpostensetzen, sichert;

2. eines das ganze Tarifwesen regelnden Arbeitstarifgesetzes, das als Träger des Tarifrechts nur freie, wirkliche, unabhängige Berufsorganisationen anerkennt, die Unabhängigkeit der Tarifnormen für alle Betriebsangehörige, nicht nur die organisierten, durchgeföhrt, die allgemeine Verbindlichkeitserklärung beschleunigt, erweitert und besonderen Zentralbehörden überträgt;

3. einer Neuregelung der Betriebsvereinbarung durch Festlegung von weiteren Pflichten des Arbeitgebers zu ihrer Eingehung (wie bei Richtlinien für die Einstellung von Arbeitnehmern, Dienstvorschriften), durch Feststellung ihrer rechtlichen Wirkung auf den Inhalt von Arbeitsverträgen und von Bestimmungen über ihre Aufhebungsgründe.

### III.

Das zukünftige Arbeitsrecht muß von dem neuen Streben der Arbeiterchaft erfüllt sein. Dieses Streben ist über Lohn, Schutz und Versicherung hinaus auf ein neues Interesse an der Arbeit durch Teilnahme an der Verfügungsgewalt über die Arbeitsmittel und das Arbeitsprodukt gerichtet. Daher ist zu fordern:

1. Die Sicherung der Arbeitsstelle muß über den bisherigen Entlassungsschutz des § 84 BGB hinausgehen, indem er auf alle Arbeitnehmer zu übertragen und auch auf befristete Verträge, die ohne Kündigung endigen, auszudehnen ist.

2. Das Recht der Mitbestimmung bei wirtschaftlichen Fragen ist zu fördern durch Ausbau der wirtschaftlichen Rechte der Betriebsvertretungen und Einführung eines wirklichen Schutzes durch gleichberechtigte Beteiligung der Arbeitnehmer an allen berufsständischen Körperschaften.

Die folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Der 11. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands stimmt den Leitsätzen des Referenten, Prof. Dr. Singheimer - Frankfurt a. M., zu dem vorstehenden Tagesordnungspunkt im allgemeinen zu und fordert, daß die Reichsregierung und die gesetzgebenden Körperschaften das neue Arbeitsrecht im Sinne der hier niedergelegten Grundzüge baldmöglichst verwirklichen.

Das neue Arbeitsrecht soll die Einheit der Arbeitsgesetzgebung für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten zum Ausdruck bringen und deshalb sowohl in einheitlichem Geiste aufgebaut, als auch unter einheitlicher Verwaltung durchgeföhrt werden. Insbesondere schließt sich der Kongress der Forderung des Vortragenden an, daß die Arbeitsgerichte unabhängig von den ordentlichen Gerichten, in direktem Zusammenhang mit den Arbeitsbehörden und unter der Dienstaufsicht des Reichsarbeitsministeriums errichtet werden. Soweit bis zum Abschluß des Arbeitsgesetzbuches für einzelne Materien der Weg der Spezialgesetzgebung nicht zu vermeiden ist, müssen solche Einzelgesetze den gleichen Grundzügen sozialer Zwecksetzung und Selbstverwaltung entsprechen.

Die seither vorgelegten Gesetzentwürfe des Reichsarbeitsministeriums erscheinen nicht geeignet, das künftige einheitliche Arbeitsrecht anzubahnen. Sie sind von bureaukratischem, der Selbstverwaltung abholdem Geiste getragen und suchen die freie Betätigung durch Zwangseingriffe der Behörden zu ersticken.

Der dem Reichstage vorgelegte Entwurf einer Schlichtungsordnung ist geeignet, das Koalitionsrecht der Arbeitnehmer durch Schlichtungszwang und Haftungsbetrohung zu unterbinden. Der Kongress lehnt jeden Zwang zur Anrufung der Schlichtungsinstanzen ab, da die Gewerkschaften selbst willens sind, die Gewähr zu übernehmen, daß alle Schlichtungsmöglichkeiten vor Eintritt in Arbeitskämpfe erschöpft werden.

Der Entwurf eines Arbeitsnachweisgesetzes befremdet sowohl durch den bureaukratischen Aufbau der Arbeitsnachweisbehörden, als auch durch den Verzicht auf Meldepflicht, Benutzungszwang und Ueberführung der nichtgewerblichen Arbeitsnachweise, insbesondere der der Arbeitgeberverbände und Angestelltenorganisationen, auf den öffentlichen Arbeitsnachweis und durch die völlig unverständliche Schonung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung. Eine solche Regelung des Arbeitsnachweiswesens ist unvereinbar mit dem Einheitsgedanken des künftigen Arbeitsrechts und daher abzulehnen.

Die vorgelegten Gesetzentwürfe zur Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter sowie der Angestellten lassen das Bestreben erkennen, die Arbeitszeitregelung für die verschiedenen Arbeitnehmerkreise zu spezialisieren und zu differenzieren. Vor allem wird in diesen Entwürfen der gesetzliche Achtstundentag durch ein wahres System von Ausnahmen derart durchlöchert, daß die achtstündige Arbeitszeit selbst zur Ausnahme werden muß. Der Kongress erhebt gegen diese Art von Gesetzgebung den entschiedensten Widerspruch und fordert ein einheitliches Gesetz für alle Arbeitnehmer, das den Ach-

Arbeitszeit als Höchstmaß der täglichen Arbeitszeit anerkennt. Unter besonderen Voraussetzungen ist für bestimmte Berufe eine kürzere Arbeitszeit gesetzlich festzulegen. Ueberarbeit ist nur in besonderen Ausnahmefällen zulässig, soweit die Verbände der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sich darüber vorher tariflich verständigen.

Zu Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Internationalen Gewerkschaftskongresses von Rom bezeichnet der Kongress als wichtigste Pflicht der Gewerkschaften, die vorgenannten Gesetzentwürfe in dieser Gestaltung aufs entschiedenste zu bekämpfen und alle Kräfte aufzubieten, um sich jeder Verlängerung der Arbeitszeit zu widersetzen.

Der Gewerkschaftskongress warnt dringend, auf diesem Wege der Arbeitsgesetzgebung fortzuschreiten, der sich von dem Ziele eines zeitgemäßen und einheitlichen Arbeitsrechts weit entfernt und schwere Konflikte mit den Arbeiterorganisationen auslösen muß.

Der Gewerkschaftskongress appelliert an alle Gewerkschaften, an dem Aufbau des neuen Arbeitsrechts im Sinne der einleitend erwähnten Leitlinie mitzuwirken, und erwartet von den Arbeitervertretern in allen gesetzgebenden Körperschaften, keinem Gesetzentwurf zuzustimmen, der errungene Arbeiterrechte preisgibt oder den Aufbau eines einheitlichen und wirklich sozialen Arbeitsrechts erschwert.

Bei der Beratung über „Änderungen der Bundessatzungen“ wurden eine Reihe Anträge dem Bundesvorstand als Material überwiesen und Anträge auf erhöhte Beitragsabführung und Errichtung von Bezirksausschüssen angenommen. Angenommen wurde auch ein Antrag, der den § 33 der Bundessatzungen dahin abändert, daß künftig nicht mehr auf 10 000 Mitglieder ein Vertreter zum Gewerkschaftskongress entfällt, sondern erst auf 15 000. Ferner wurde folgender Entschluß zugestimmt:

Der 11. Gewerkschaftskongress verweist die Reichsregierung nachdrücklich auf die große Notlage der auf Rentenbezug angewiesenen Arbeitsinvaliden und Witwen, deren Einkünfte für den Lebensunterhalt infolge der Geldentwertung auf einen geringen Teil des Wertes der Friedensrenten gesunken sind. Der Ausgleich in Form Erhöhung der Rentenfähigkeit erfolgte bisher viel zu spät und ungenügend.

Der Kongress erwartet, daß die Regierung den Opfern der Arbeit mehr Beachtung schenkt und beauftragt den Bundesvorstand und -ausschuß, die Bestrebungen auf Besserung der Lage der Arbeitsinvaliden und Witwen weitestgehend zu unterstützen.

Zur Wahl des Bundesvorstandes wurden 683 Stimmzettel ausgegeben; abgegeben wurden jedoch nur 642. Von den abgegebenen Stimmzetteln waren 152 weiß. Die Abstimmung ergab die Wiederwahl des bisherigen Bundesvorstandes mit 463 bis 491 Stimmen.

Am Schluß des Kongresses machte der Vorsitzende, Genosse Paepow, ungefähr folgende Ausführungen: Ich spreche die Hoffnung aus, daß dieser Kongress einmal als Markstein in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung beurteilt wird. Es ist im Verlaufe der Tagung viel Kritik über uns ergangen, sowohl von innen wie von außen. Wir müssen mehr wie bisher erkennen, daß wir eine Klasse sind. Der Kongress hat gute Arbeit geleistet. Wir haben über eine neue Organisationsform geredet und abgestimmt. Mächte der Kongress auf neue Arbeiten der Gewerkschaften hingewiesen haben, namentlich hinsichtlich der Sozialisierung, die bisher leider viel zu wenig betrieben worden ist. Wir müssen dahin gelangen, ein neues Arbeitsrecht zu erhalten. Dann erst werden wir erkennen, welche Kraft und Macht wir besitzen. Betriebsräte und Gewerkschaften müssen unter allen Umständen eins sein und bleiben.

Die Schiffe auf Rathenau haben uns gezeigt, daß wir mehr tun müssen, um die Reaktion niederzuwerfen. Dazu ist notwendig, daß die Arbeiterschaft mehr als je zusammensteht. Was auf politischem Wege nicht erhalten oder wieder erreicht werden konnte, muß in der Gewerkschaftsbewegung festgehalten werden.

Wir haben bisher unsere Aufgaben geführt gemeinsam mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund. Das wollen wir auch ferner tun. Ich hoffe, daß nie ein Zerwürfniß eintreten mag und ich will leise hoffen, daß auch unsere Brüder im Osten Abstand nehmen mögen von ihrer Sonderstellung. Wir haben vieles von ihnen gelernt, aber hinsichtlich der Gewerkschaften sind wir die Lehrmeister. Die Brüder im Osten mögen dies anerkennen und Schulter an Schulter mit uns arbeiten.

Arbeit und nochmals Arbeit ist unsere Aufgabe. Ich schließe mit der Losung: Jeder einzelne Kollege muß sich zur Aufgabe machen, in der Berichterstattung nicht das Trennende, sondern das Vereinernde, das sachlich Geleistete hervorzuheben.

Nach einem dreifachen Hoch auf die deutsche und die internationale Gewerkschaftsbewegung erklärte Paepow den Kongress für geschlossen.

## Resultat

### der Delegiertenwahlen zur Generalversammlung.

(Die Ziffern bedeuten die Nummern der Wahlgruppen.)

Gewählt sind: 1. Schlater und Storch. — 2. Andrich. — 3. Möbius. — 4. Burckhardt. — 5. Genzler. — 6. Höfner. — 7. Kalina. — 8. Schmidt und Thon. — 9. Schmidt und Wenig. — 10. Sander. — 11. Die. — 12. Gottmann und Sauerbrel.

13. Hüfe und Wufmann. — 14. Feige und Kretschmann. — 15. Wed, Gllmer, Hirsch, Sübner und Liffon. — 16. Heini und Schmidt. — 17. Liffon und Schlate. — 18. Wagner. — 19. Krause. — 20. Hoffmann, Pröhne, Löwe, Panno, Köppler und Uhlmann. — 21. Kühnel. — 22. Beck, Dertel und Ritter. — 23. Ludwig und Sandig. — 24. Wesp. — 25. Hofner. — 26. Neubauer. — 27. Stang. — 28. Fritsch und Thiem. — 29. Eiser, Freina, Krauß, Metzsch, Press, Rieger und Weiß. — 30. Grieshammer. — 31. Ludwig. — 32. Heinrich und Rister. — 33. Pleier. — 34. Köstler. — 35. Siller. — 36. Adermann und Köll. — 37. Kessler und Buchta. — 38. Herzer und Brem. — 39. Harvoll und Weigert. — 40. Gampe. — 41. Schneider. — 42. Klopfer und Scheidel. — 43. Stauch. — 44. Seidel. — 45. Heinrich und Pohl. — 46. Obst. — 47. Frenzel. — 48. Herger, Koch und Siegel. — 49. Wögner, Dietsch und Meinhardt. — 50. Stang. — 51. Fremdling. — 52. Weder, Wrehme, Hertwig und Schramm. — 53. Wölter und Müller. — 54. Müller und Städter. — 55. Mühlentz. — 56. Kauschert. — 57. Hummrich. — 58. Bergner und Dalibor. — 59. Apel, Burkart, Hammer Schmidt, Herchert und Sommerfeld. — 60. Trudenbrodt und Witter. — 61. Grimm. — 62. Dittrich, Elmer, Erdmann und Greiner. — 63. Uebel. — 64. Löhner. — 65. Gottschalk. — 66. Buch und Eichmann. — 67. Herrmann. — 68. Stängle.

Revidiert und für richtig befunden.

Berlin, den 1. Juli 1922.

Friedrich Ismer. Otto Hennig. Paul Feller.

## Neue Opfer?

Verschiedene Wahlstellen haben zur Generalversammlung Anträge gestellt, welche sich mit einer besonderen Alters- und Invalidenversicherung oder Pensionsklasse befassen. Zur Lösung dieser Frage empfiehlt nun Kollege Meinhardt-Kahla die Gründung von Zuschußklassen, nachdem er erst ganz richtig ausführt, daß Unternehmer, Staat und Gemeinden die Pflicht hätten, den Arbeitsinvaliden zu helfen. Nicht sonderbar sind seine Gründe hierfür: Die Gemeinden und der Staat haben kein Geld und die Unternehmer werden nichts geben wollen, folglich müssen die Arbeiter Opfer bringen. Scheinbar haben die Arbeiter nach Meinhardt reichlich Geld. Zuschuß- oder Pensionsklassen, denen nur Arbeitergelder zur Verfügung stehen, werden nie in der Lage sein, trotz größter Opfer der Mitglieder das zu leisten, was nottut.

Doch untersuchen wir die Gründe Meinhardts. Das Reich hat kein Geld. Diesen Ausspruch hören wir immer bei der Sozialpolitik oder wenn es sich überhaupt um Aufwendungen für Arbeiter handelt. Es war reichlich Geld da, als es galt, den Schiffreedern Milliarden in den Hals zu werfen; der Reichswehr hat man ein Versorgungs-gesetz gegeben, wo jeder beim Abgang ein Vermögen mitbekommt. Das Reich hat ferner Geld zur Dünge- und Futtermittelverbilligung für die armen notleidenden Agrarier. Ich erinnere an die Maisverbilligung, wo die Herren von Nar und Palm es verstanden haben, das Reich noch gehörig zu schröpfen. Das Reich hat auch reichlich Mittel, unzähligen Generälen und sonstigen Offizieren eine mehr als auskömmliche Pension heute noch zu zahlen. Zum Dank dafür bekämpfen diese die Republik. Und so hat oft das Reich noch genug Geld. Man komme auch nicht damit, daß die Entente es nicht gestattet. Was tat die Entente bei den oben angeführten Geldverschwendungen? Und sollte wirklich die Entente bei einer groß ausgebauten Alters- und Invalidenversicherung protestieren, so sage ich, man soll von seinen Feinden lernen. Jeder weiß, mit welcher Entschiedenheit die Entente seinerzeit die Auslieferung der Kriegsverbrecher forderte und wie es unsere Alldeutschen verstanden haben, das zu verhindern. Wo es sich, wie hier, um eine Kernfrage der Arbeiterschaft handelt, hat man da nicht das Vertrauen zu den acht Millionen Gewerkschaftlern, das selbe zu vollbringen! Wenn die Arbeiterschaft dieselbe Fähigkeit aufweist, wie ihre Gegner, ist die Entente machtlos.

Nun zum anderen. Weil die Unternehmer nicht geneigt sind, Geld zu geben, müssen die Arbeiter Opfer bringen. Solche Argumente von einem alten Gewerkschaftler hätte ich nicht für möglich gehalten. Will man den Arbeitern immer Opfer und Entfugung empfehlen? Wenn die Unternehmer nichts freiwillig geben, dann muß man auf jede Lohnforderung verzichten. Hier heißt es kämpfen, denn wir wollen doch kein Spar- und Unterstützungsverein sein, sondern eine Kampforganisation. Kollege Meinhardt führt selbst aus, daß die Unternehmer kapitalkräftig sind; sie können es, also ran an den Feind!

Die Frage der Alters- und Invalidenversicherung muß vielmehr in den Vordergrund treten, und ihre Forderung muß überall da kräftig erschallen, wo Arbeiter oder ihre Vertreter zusammenkommen. Das ist wohl auch der Sinn der meisten diesbezüglichen Anträge. Auch hier wieder, man soll von seinen Feinden lernen. Man bedenke, mit welcher Fähigkeit die Agrarier die Zwangs-

Bewirtschaftung und Getreideumlage bekämpft haben und noch tun, ferner, wie die Kapitalisten immer wieder unter Stinnes' Führung versuchen, dem Reiche die Eisenbahnen abzuhöpfen. Hier ist größere Energie als bei der Arbeiterschaft; bei der Sorte hört man nichts von Opfer bringen.

Die Arbeit ist die Grundlage des Staates. Vor drei Jahren haben wir's oft gehört, und auch heute noch: „Nur Arbeit kann uns retten!“ Man versteht es auch, dem Arbeiter Pflichten aufzuerlegen; dann hat auch der Arbeiter das Recht, zu verlangen, daß für seinen Lebensabend und seine Hinterbliebenen gesorgt wird, denn die Werte, die der Arbeiter sein Leben lang schafft, sind doch zum mindesten dasselbe wert als das, was irgendein Beamter leistet.

Ich habe durchaus nicht die Illusion, daß wir das heute oder morgen erreichen können; aber wenn die Arbeiterschaft weiter so gleichgültig bleibt, bekommen wir nie eine ausreichende Alters- und Invalidenversorgung. Hier wollen wir nicht Opfer bringen, sondern wir verlangen, daß das Kapital gibt von dem, was es erst dem Arbeiter ausgepreßt hat. Also keine Flaumacherei, sondern Forderung auf Ausbau der Sozialversicherung.

Arthur Suhr, Leipzig.

## Wirtschaftspolitische Rundschau.

Die Geschäftsabschlüsse der Großbanken für 1921. — Die Neugründungen im April v. J.

Die führenden Großbanken, die die privatkapitalistische Finanzgebarung beherrschen, haben im Jahre 1921 in ihren Geschäftsberichten ein riesiges Anschwellen ihrer Geschäftstätigkeit dargelegt. Eine Zusammenstellung der Bilanzen der acht Großbanken, die von der „Frankfurter Zeitung“ gegeben wird, läßt einen kritischen Blick in das Getriebe werfen. Die Uebersicht umfaßt Deutsche Bank, Diskontogesellschaft, Dresdener Bank, Darmstädter Bank, Kommerz- und Privatbank, Berliner Handelsgesellschaft, Mitteldeutsche Kreditbank. Das Aktienkapital dieser führenden Banken ist im Vergleich zu ihrem gewaltigen Umsatz verhältnismäßig gering. Es betrug im Geschäftsjahr 2609,5 Millionen Mark; allein an Reserven sind im Jahre 1008,7 Millionen Mark zurückgestellt und damit die Gesamtreserven auf 1782,7 Millionen Mark erhöht. Das Finanzgebaren der Banken ist im wesentlichen aufgebaut auf den großen Posten der Einlagen und Kreditoren, wohl hauptsächlich Depostengelber, die den Banken in Höhe von 115 766,2 Millionen Mark zur Verfügung standen. Nicht weniger als um 53 388 Millionen Mark haben sich diese Einlagen im Jahre 1921 erhöht. Ein Beweis, welche riesigen Summen aus der deutschen Wirtschaft dem deutschen Kapitalmarkt zugeflossen sind. Aus diesen großen Posten betreiben die Banken zu einem erheblichen Teil ihre Finanztransaktionen, die in der Finanzierung neuer Aktiengesellschaften, Erhöhung des Kapitals für bestehende Unternehmungen, in der Gewährung von Warenkrediten, Beleihung von Wertpapieren, Krediten an Reich, Staat, private und öffentliche Körperschaften bestehen.

Bemerkenswert ist, daß die Bestände an Staatspapieren sehr erheblich zurückgegangen sind; sie weisen gegen das Vorjahr ein Minus von 108 Millionen Mark auf und erreichen nur die Summe von 158,6 Millionen. Auch die Bestände an Wechseln sind verhältnismäßig gering, ein Beweis, daß der Warenverkehr auf langfristige Kredite nicht eingestellt ist, wenigstens das sonst Uebliche im Kreditverkehr, der Wechsel, stark ausgeschaltet wurde. Wieweit sonst für den Warenverkehr Kredite in Anspruch genommen wurden, läßt sich aus den Bilanzen nicht ersehen, weil Waren- und Börsengeschäfte nicht getrennt sind. Unter dem Posten Report und Lombard wird der Betrag von 5922,6 Millionen angegeben. Es wird sich hier im wesentlichen um die Beleihung von Wertpapieren und ausländischen Devisen handeln. Es ist auch anzunehmen, daß diese Devisenbeleihung vielfach spekulativen Zwecken dient und den eigentlichen Bedürfnissen der Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten oder Lebensmitteln nicht reiflos zur Verfügung steht. Wenn es richtig ist, daß die Banken ihre Reservensfonds gleichfalls mit Devisen anfüllen, so wurde das gerade nicht zur Besserung unserer Valuta beitragen. An Warenbeleihung wird ein Posten von 485,3 Millionen angegeben, der nicht übermäßig hoch erscheint, berücksichtigt man die Entwertung der Mark. Demnach wäre die Schlussfolgerung zu ziehen, daß die Finanzlage in Handel und Industrie als gut bezeichnet werden kann.

Vielfach lehren in den Geschäftsberichten der Banken die Bemerkungen wieder, daß eine Kapitalknappheit eingetreten ist, in der die weitere Expansion der großen Gesellschaften, Erhöhung des Aktienkapitals nicht mehr so glatt konstatieren gehen kann, wie es bisher der Fall war. Es ergibt sich ferner, daß nach dem Sturz der Industrieaktien im Dezember vorigen Jahres die Banken etwas vorsichtiger mit der Gewährung von Kredit geworden sind, weil sie die Unsicherheit in der Börsenspekulation in Rechnung stellen

und gewährte Kredite nicht mehr den Rückhalt bieten, der bestehen muß bei einem fortgesetzt aufwärtsgehenden Kurs, der mit der Entwertung der Mark einherging. Infolgedessen ist die Spekulation etwas zurückgetreten, die übermäßige Anspannung im Geschäftsbetrieb der Banken durch kaum zu bewältigende Aufträge hat nachgelassen; mancher der Spekulanten wird nicht unerhebliche Verluste zu verzeichnen haben. Diese Vorgänge sind ein sehr deutlicher Beweis dafür, wie stark gewisse Kreise daran interessiert sind, daß eine Besserung der Mark nicht eintritt, weil damit die Gewinnchancen verloren gehen.

Bei diesem glänzenden Geschäftsabschluß, den alle Banken aufweisen, haben die Aktionäre eine reichliche Erhöhung der Dividenden zu verzeichnen. An der Spitze steht die Deutsche Bank mit 24 Proz. Dividende an ihre Aktionäre, die übrigen verteilen etwas weniger, aber immer noch reichlich genug. Die enormen Summen, die im Geschäftsverkehr dieser Großbanken umgesetzt werden, sind natürlich in ihrem Wert nicht gleichzustellen den Umsätzen, die in der Zeit vor dem Kriege in den Bankbilanzen in Erscheinung traten. Immerhin, auch bei der Entwertung der Papiermark ergibt sich doch ein so stark angewachsener Geschäftsverkehr, wie zu seinen Zeiten. Ein so mildes Spiel an der Börse hat zu keinen Zeiten stattgefunden. Als eine gesunde Tendenz des privaten Finanzgebarens kann man diesen Zustand nicht bezeichnen.

Die Neugründungen und Kapitalerhöhungen der Aktiengesellschaften und der Gesellschaften m. b. H. haben im April wiederum einen Aufschwung gegen den Vormonat erfahren. Die Zahl der neugegründeten Aktiengesellschaften beläuft sich auf 223 mit einem Aktienkapital von 1061,7 Millionen Mark. Im gleichen Monat des Vorjahres waren es 99 Gesellschaften mit einem Aktienkapital von 246,4 Millionen Mark. Die Kapitalerhöhungen der bestehenden Gesellschaften betragen 2493,7 Millionen Mark. Die Gesellschaften m. b. H. zählen 1145 Neugründungen mit einem Kapital von 162,3 Millionen Mark und die Kapitalerhöhungen erforderten 119,9 Millionen Mark. Insgesamt eine Kapitalanforderung von 4808,9 Millionen Mark gegen 4354,8 Millionen Mark im März.

Bei einer solchen Anspannung des Kapitalmarktes ist von einer Knappheit des Geldmarktes nichts zu spüren. Das Gründungsfieber geht weiter und erfährt durch das Fallen der Mark immer neuen Antrieb. Die Arbeiterklasse trägt die Last in fortgesetzten Preiserhöhungen aller Bedarfsgegenstände.

## Aus unserem Beruf.

Kuma. 30 Jahre Verbandsmitglied ist unser Dreherkollege Max Wonneberger. Immer in vorderster Reihe stehend, noch jetzt in der Verwaltung und vielen anderen Posten der Arbeiterbewegung, geachtet von jedermann, sind seine reichen Erfahrungen im Organisationsleben der Zahlstelle oft von großem Nutzen gewesen. Wir überbringen dem Jubilar die herzlichsten Glückwünsche und hoffen, ihn noch recht lange in unserer Mitte behalten zu können, den Jungen zum Vorbild, der Organisation zum Nutzen.

Geschäftsbericht 1921/22 der Fachabteilung für die feinkeramische Industrie beim Zentralarbeitsnachweis Dresden. Unter dem 1. Mai 1921 wurde dem Zentralarbeitsnachweis eine Fachabteilung für die feinkeramische Industrie angegliedert. An ihr sind die Firma Willeroy & Boch, Dresden, und der Verband der Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen beteiligt. Die Abteilung untersteht der Geschäftsführung des Zentralarbeitsnachweises und genießt die Rechte und Pflichten eines öffentlichen Arbeitsnachweises. Zur Wahrung der internen Angelegenheiten der Fachabteilung ist ein paritätischer Ueberwachungsausschuß gebildet.

Die Vermittlungstätigkeit sowie alle daraus entstehenden Bureauarbeiten werden von einem in dieser Branche eingeführten Angestellten des Zentralarbeitsnachweises ausgeübt. Zunächst wurde die Vermittlungszeit auf werktäglich von 9—10 Uhr festgesetzt; nach vier Wochen wurde sie jedoch aus praktischen Erwägungen auf werktäglich von 8—12 Uhr ausgedehnt.

Unter den denkbar schlechtesten Beschäftigungsverhältnissen wurde das Geschäftsjahr begonnen. Kohlenmangel, Ein- und Ausfuhrverbote, Goldzoll und all die weiteren wirtschaftlichen Einflüsse stellten sich hemmend der Entfaltung der keramischen Industrie entgegen. Die Auswirkung dieser Tatsachen spiegelte sich am klarsten in der Lage des Arbeitsmarktes wieder, die bis in die ersten Tage des Monats September als tot zu bezeichnen war. Nur vereinzelt konnten Hilfskräfte untergebracht werden. Die tüchtigsten und brauchbarsten Kräfte, wie Maler, Dreher, Modelleur usw., blieben brach liegen. Durch die in diesen Zeitraum fallende Niederlassung einiger bedeutender Firmen am Plage erhoffte man eine Belebung des Arbeitsmarktes. Da jedoch nur offene Handelsgeschäfte er

richtet wurden, keine Werkstätten, blieb die Verwirklichung der gehegten Hoffnungen aus. Bereits machte sich eine Abwanderung von Spezialkräften in andere Berufe bemerkbar, als im Oktober ein leises Zurückziehen der Nachfrage nach Arbeitskräften einsetzte. Infolge des Marktsturzes besserte sich der Geschäftsgang der Porzellan- und Steingutindustrie von Woche zu Woche. Ende November konnte der Bedarf an Facharbeitern bereits nicht mehr gedeckt werden. Die als äußerst günstig zu bezeichnende Lage hielt bis zum Schluß des Geschäftsjahres an und dürfte auch in absehbarer Zeit kaum eine Änderung erfahren.

Zu Lohnkämpfen kam es während des Berichtsjahres nicht. Die verschiedentlichen Lohnerhöhungen wurden auf dem Verhandlungswege festgesetzt.

Seit ihrem Bestehen weist die Fachabteilung folgende Vermittlungszahlen auf: Arbeitssuchende 110, offene Stellen 92, besetzte Stellen 87.

Der Vorsitzende des Sachausschusses. gez.: Dr. Merschmann.

**München.** Die Firma Overkott & Korn, keramische Werkstätte, München, hat in den Verhandlungen am 1. Juli 1922 den Reichstarif für die feinkeramische Industrie vollinhaltlich anerkannt.

**Schirnding.** In der am 1. Juli 1922 stattgefundenen außerordentlichen Sitzung der Zahlstellenverwaltung mit der gesetzlichen Arbeitervertretung (Betriebsrat) wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, folgende Resolution an den Hauptvorstand einzureichen:

„Es wird dem Hauptvorstand dringend ans Herz gelegt, bei den kommenden Verhandlungen mit den Arbeitgebern seine ganze Kraft einzusetzen, um eine der gegenwärtigen horrenden Teuerung entsprechende Lohnerhöhung zu erzwingen. Uebervältigende Gründe und Tatsachen sprechen dafür, daß mit den gegenwärtigen Löhnen kein Arbeiter, auch der bescheidenste, auskommen kann. Wie sich die Teuerung seit Abschluß des letzten Lohnabkommens auswirkt, glauben wir nicht einzeln aufzählen zu müssen. Die Herren am Verhandlungstisch dürften die nötigen Unterlagen hierzu haben.“

Wir fordern deshalb eine der Teuerung entsprechende Wirtschaftshilfe in der Höhe von mindestens zwei Wochenlöhnen als Ausgleichssumme für die jetzt so farge Entlohnung.

Auch bei dem demnächst abzuschließenden Lohnabkommen dürfen die Unterschiede zwischen Facharbeitern und sonstigen Arbeitern nicht mehr so kraß hervortreten.“

**Selb.** Am 27. Juni fand vor dem hiesigen Schöffengericht eine Verhandlung statt, die jedenfalls auch über die Mauern Selbs hinaus Interesse erwecken dürfte. Auf der Armenländerbank mußten Platz nehmen die Betriebsräte Blendinger, Georg Geher, Richard Hanft, der Zahlstellenkassierer Hermann Wokner, sowie der Kollege Griebbach. Sie hatten ein Verbrechen begangen, welches glücklicherweise von den christlichen keramischen Verbandshelden der strafenden Dame Justitia unterbreitet wurde. Die Sünder von dem freigewerkschaftlichen Porzellanarbeiterverband waren im Dezember vorigen Jahres so neugierig gewesen, eine Versammlung von denen zu besuchen, welche bekanntlich nie alle werden, arrangiert von dem jetzigen Formbodenaufseher Wed von Selb, dem Schmelzer Neupert von Marktredwitz und dem Angestellten Winter von den christlich keramischen Brüdern in Christo. Weil man nun von seiten der Macher dem Landfrieden in dieser famosen Versammlung jedenfalls nicht recht traute, so hätte man die eingangs erwähnten Genossen gern hinauskomplimentiert, um desto ungenierter die anwesenden Schäfchen scheren zu können. Man wollte den Leuten begreiflich machen, daß nicht der freigewerkschaftliche Porzellanarbeiterverband die Interessen der Arbeiter vertritt, sondern — man solle nicht um — der christliche Keramarbeiterverband. Diese Spekulation auf die Urteilslosigkeit der Anwesenden löste nur die größte Heiterkeit aus. Als man sich nicht mehr anders zu helfen wußte, flüchteten die tapferen christlichen Kämpen unter die Fittiche der erst schändlich verleugneten katholischen Geistlichkeit, man verlegte die Versammlung in das katholische Schulhaus, jedenfalls um die Behauptung, daß der christliche Keramarbeiterverband ein Werk der Kirche sei, recht treffend zu widerlegen. Es scheint aber auch heute, als ob das gepflanzte Unkraut in Selb doch nicht gedeihen kann, denn bis heute dürfte sich noch kein Duzend Porzellanarbeiter gefunden haben, die auf die Verlockungen hineingefallen sind. Jedenfalls aus Mergel über diesen Mißerfolg nagelte nun der erwähnte Wed die genannten Kollegen wegen — Hausfriedensbruch an. Als Zeugen dieses Frevels sagten unter Eid Wed und Schmelzer Neupert aus Marktredwitz, sowie der christliche Sekretär Winter jeder so ziemlich etwas anderes aus, so daß es dem die Anklage vertretenden Amtsanwalt wirklich schwer ward, nicht die ganze Anklage fallen zu lassen, als in der Verhandlung all die Widersprüche der Zeugen seitens der Angeklagten und der Verteidiger wirkungsvoll beleuchtet und zerpfückt wurden. Das Gericht fällt denn auch einen Freispruch, nur ein Genosse, der Wed im Betrieb bedroht haben sollte, erhielt 100 Mk. Geldstrafe. Der

Hauptzeuge Wed spielte in dieser ganzen Sache eine ziemlich eindeutige Rolle, so daß er sowohl vom Verteidiger als auch vom Vorsitzenden des Schöffengerichts in seine Schranken gewiesen wurde. Aber den kläglichsten Eindruck machte der Zeuge Neupert, und der will den Kampf gegen die freien Gewerkschaften führen?! Da kann man nur das herzlichste Mitleid aussprechen. Wenn die Brüder in Christo keine besseren Kämpen haben, dann haben die freien Gewerkschaften doch noch eine leise Hoffnung für ihren Bestand. Bisher war es ja wohl noch keine Gepflogenheit der sich belämpfenden politischen und gewerkschaftlichen Richtungen, mit Staatsanwalt und Strafgesetzbuch den Gegner zu fällen, sondern man hat die Waffen des Geistes benützt. Sollten vielleicht diese Waffen auf der anderen Seite nicht vorhanden sein? Die Zeugen konnten diesen Eindruck schon erwecken. Um den Leuten des christlichen Keramarbeiterverbandes jedoch Gelegenheit zu geben, uns eines Besseren zu belehren, sind wir gern bereit, in öffentlicher Versammlung jeden ihrer Vertreter ungehindert zu Wort kommen zu lassen, ohne befürchten zu müssen, daß der Staatsanwalt zu Hilfe gerufen wird. Hic Rhodus, hic salta!

**Weiden.** Die Firma Seltmann sucht im „Sprechsaal“ Formengießer, trotzdem am Ort arbeitslose Formengießer vorhanden sind. Die Kollegen werden ersucht, bevor sie bei genannter Firma um Arbeit nachsuchen, sich bei dem Geschäftsführer der Zahlstelle, Paul Herzer, Sonnenstr. 80, über die Verhältnisse in diesem Betrieb zu erkundigen.

Ueber das Verhalten der Herren Seltmann gegenüber der Arbeiterschaft, sowie über die Lohnverhältnisse werden wir später berichten.

**Vorsicht bei Stellungnahme im Ausland!** Dieser Warnruf kann unseren Kollegen gegenüber nicht oft genug erhoben werden. In letzter Zeit sucht die Firma Fabrika Porculana i Majolite D. D. Novisad (Jugoslawien) Facharbeiter aus Deutschland zu engagieren. Bei dieser Firma bereits tätige Kollegen aus der Tschechoslowakei klagen darüber, daß die Lebenshaltung in Novisad sehr teuer und die Entlohnung unzulänglich seien. Trotzdem eine 48stündige Arbeitszeit pro Woche vereinbart war, verlangt die Firma jetzt, daß täglich 10 bis 12 Stunden ohne Mehrzahlung gearbeitet werden soll. Da sich die bei der Firma Beschäftigten weigern, hat ihnen die Betriebsleitung mitgeteilt, daß sie sich genügsamere und willigere Arbeitskräfte aus Deutschland kommen lasse. Die Firma hat auch tatsächlich diesen Versuch schon gemacht. Wir bitten unsere Kollegen, Arbeit in Novisad nicht anzunehmen.

## Aus der Unfallversicherung.

In Nr. 1 des laufenden Jahrganges der „Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes“ sind die Rechnungsergebnisse der Träger der Unfallversicherung für das Jahr 1922 veröffentlicht. Aus ihnen sind die folgenden Zahlen entnommen, denen in Klammern die des vorhergehenden Jahres beigelegt sind.

Es wurde über 112 (117) Berufsgenossenschaften berichtet, wovon 67 (68) auf die gewerbliche und 45 (49) auf die landwirtschaftliche Unfallversicherung kommen. Weiter wurden bei der gewerblichen Unfallversicherung 133 (136) und bei der landwirtschaftlichen 52 (55), zusammen 185 (191) staatliche Ausführungsbehörden, ferner 343 (380) Ausführungsbehörden von Gemeindeverbänden und Gemeinden, sowie 14 Zweiganstalten gezählt.

Die Zahl der Versicherten stieg in runden Zahlen von 26 Millionen in 1919 auf 26,9 Millionen in 1920. Davon kamen durchschnittlich 9 537 350 (8 529 095) in 804 711 (801 706) Betrieben auf die gewerblichen und 16 015 000 (16 005 000) in 5 079 777 (5 079 750) Betrieben auf die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften. Es waren danach 1920 über 1 Million Personen bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften mehr versichert als 1919. Die Zahl der Versicherten bei den staatlichen und gemeindlichen Ausführungsbehörden ging von 1 427 235 auf 1 308 191 Personen zurück. In den Gesamtzahlen der Versicherten sind schätzungsweise 3,3 Millionen Personen doppelt enthalten, weil sie gleichzeitig in gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften versichert sind.

Die Zahl der Betriebsunfälle weist eine Zunahme auf; sie betrug 591 922 (575 475). Da im Jahre 1918 657 277 Unfälle gemeldet wurden, bleibt das Jahr 1920 in bezug auf Häufigkeit der Unfälle noch weit hinter 1918 zurück. Eine weitere erfreuliche Tatsache läßt der Bericht erkennen, nämlich: die schweren Unfälle sind zurückgegangen. Von den erstmalig in 1920 entschädigten Unfällen hatten 9338 (10 189) tödlichen Ausgang und 649 (609) dauernd völlige und 33 007 (63 435) dauernd teilweise, sowie 58 183 (58 672) vorübergehende Erwerbsunfähigkeit zur Folge. 1918 waren die entsprechenden Zahlen 11 092 und 626. Dauernd teilweise Erwerbsunfähigkeit hatten 33 007 (34 354) und vorübergehende Erwerbsunfähigkeit 58 183 (58 672). An 15 130 (17 677)

Entschädigungsberechtigte tödlich verletzter Personen wurden erstmalig Renten gezahlt.

Erstmals entschädigt wurden 101 177 (103 824) Verletzte; darunter 78 827 (17 172) männliche und 17 555 (20 905) weibliche Erwachsene, 4142 (4879) männliche und 653 (868) weibliche Jugendliche.

Die Zahl der Unfallrentenbezieher ist zurückgegangen; sie betrug 984 944 (1 002 247), 1918: 933 755.

Die Gesamtsumme der von den Versicherungsträgern gezahlten Entschädigungen betrug 279 164 370 (209 169 829) M.

Rentenzulagen erhielten 274 250 (28 023) Personen zusammen 46 441 844 (2 777 039) M.

## Gewerkschaftliches.

Beim Verband der Glasarbeiter und -Arbeiterinnen tritt ab 1. Juli eine Beitragserhöhung ein. Die Beitragsstaffel weist 11 verschiedene Beiträge bis zur Höhe von 30 M. auf. Ferner gilt folgende Bestimmung: Bei einer Erhöhung des Verdienstes über 200 M. werden für jede angefangenen 200 M. je 3 M. mehr an Beiträgen erhoben. Arbeitslosenunterstützung gibt es nach der neuen Regelung bei einem Wochenbeitrag von 30 M. pro Tag bis zu 23,80 M., Krankenunterstützung 11 M. und Streikunterstützung bis 80 M.

### Eine Arbeitsgemeinschaft verschiedener Gewerkschaftsrichtungen in Italien.

Am 6. März fand in Rom die erste Sitzung des Nationalen Komitees der vor einigen Monaten gegründeten Alleanza del Lavoro (Arbeitsallianz) statt. Dieser gehören an der allgemeine Gewerkschaftsbund Confederazione del Lavoro, die Unione Sindacale Italiano (ein Gewerkschaftsbund syndikalistischer Richtung) und die Unione Italiano del Lavoro (ein weiterer, seit dem Kriege entstandener Spitzenverband republikanisch-reformistischer Richtung), außerdem noch die Gewerkschaften der Eisenbahner und der Hafenarbeiter. In dieser ersten Sitzung wurde eine Entschliessung angenommen, wonach die Allianz zunächst folgendes anstreben soll:

1. Die vollständige Wiederherstellung der politischen und der gewerkschaftlichen Freiheit,
2. die Aufrechterhaltung des Achtstundentages,
3. die Verteidigung der von der Arbeiterklasse im allgemeinen errungenen wirtschaftlichen und moralischen Vorteile.

Zu diesem Zweck sollen die örtlichen Verwaltungsstellen der angeschlossenen Verbände miteinander in Verbindung treten; ferner sollen Grenzstreitigkeiten und sonstige Streitigkeiten vermieden werden, die geeignet sind, die Beziehungen zwischen den verbündeten Organisationen zu stören.

Das Sekretariat der Allianz wurde dem Eisenbahnerverband übertragen.

Die örtlichen Organisationen sollen durch Versammlungen, Vorträge oder auf andere noch mögliche Weise die Massen in dem obenerwähnten Sinne beeinflussen. Ferner sind die örtlichen Arbeiterkammern eingeladen worden, mit den Organisationen in Verbindung zu treten, um die Tätigkeit in ihrem Wirkungsbereiche zu organisieren.

Soweit der Sachverhalt, den wir einer Mitteilung des Internationalen Gewerkschaftsbundes entnehmen. Den deutschen Gewerkschaftern wird das eine oder das andere darin ungewohnt erscheinen. Man muß sich jedoch vor Augen halten, daß in der italienischen Arbeiterbewegung manches anders ist als in der deutschen. Auf jeden Fall kann man die Allianz als einen Fortschritt betrachten.

### Freiführung der öffentlichen Meinung.

Der DGB versucht auf alle mögliche Art und Weise, Lehrlinge und jugendliche Angestellte für sich zu gewinnen. Um nun die jungen Kollegen nicht von vornherein abzuschrecken, benutzt er Dednamen. So hat er sich z. B. in Bremen den Beinamen „Kaufmännisches Jugendamt des DGB“ zugelegt. Die letzteren Worte „DGB“ werden die meisten Leser übersehen. Sie sind dann der Annahme, daß es sich bei dem DGB um eine amtliche Stelle handelt, um so mehr, als sie durch das Wort „Kaufmännisches Jugendamt“ geblendet werden. In anderen Orten wieder benutzt der DGB den Titel „Kaufmännischer Jugendbund im DGB“. Diese Dednamen tragen dazu bei, daß dem DGB eine ganz Anzahl jugendlicher Kollegen zugeführt werden, die von der wahren Absicht dieses Verbandes keine Ahnung haben. Gerade in der letzten Zeit haben die Führer des DGB sehr viel von sich reden gemacht. Auch in der Jugendberziehung gehen sie von dem Standpunkt aus, daß die körperliche Erziehung der Jugend und die Erziehung im nationalen Geiste die Hauptaufgabe der Jugendabteilungen des DGB sind. Ganz bewußt und systematisch wird den Lehrlingen und jugendlichen Angestellten erzählt, daß

die Belten vor 1918 doch herrliche gewesen sind. Die Eltern der Jugendlichen müssen darauf achten, daß ihre Söhne und Töchter die den Angestelltenberuf ergreifen oder schon ergreifen haben nicht dem Verbannde angehören, der u. a. auch die Wiedereinführung der schwarzweißroten Flagge und die Wiedererrichtung der Monarchie auf sein Banner geschrieben hat. Für alle denkenden Arbeitereltern muß es Pflicht sein, ihre Söhne und Töchter der freien Gewerkschaft zuzuführen. Der Zentralverband der Angestellten ist die einzige freigewerkschaftliche Angestelltenorganisation der Handlungsgehilfen und Bureauangestellten, die auch für die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Berufsleben eintritt. In den Jugendgruppen des Zentralverbandes der Angestellten ist für die jugendlichen Kollegen in der vorbildlichsten Weise gesorgt. Neben der beruflichen Weiterbildung kommt auch die Freude und das Leben der Jugendlichen selbst zu seinem Recht. Wir bitten die Eltern nochmals, darauf zu achten, daß ihre Söhne und Töchter nur der freien Gewerkschaft angehören. Auskunft über alle Fragen, die das Lehrverhältnis und den Angestelltenberuf selbst betreffen, erteilt der Zentralverband der Angestellten.

Beitrags- und Unterstützungsreform im Verband der Böttcher, Weinküfer und der Hilfsarbeiter. Auch diese Gewerkschaft wurde gezwungen, obwohl die letzte Beitrags- und Unterstützungsreform erst im Januar beschlossen worden war, eine neue Reform, deren Inkrafttreten für den 1. Juli bestimmt ist, vorzunehmen. Am 7. und 8. Mai beschloß Hauptvorstand, Ausschuß und Beirat in einer Konferenz in Bremen, statt der jetzt bestehenden drei Beitragsklassen von 3, 5, 7 M. deren acht, und zwar noch weitere Klassen von 10, 13, 16, 19 und 22 M., je nach Höhe des Lohnes, einzuführen. Die ersten fünf Klassen sind als obligatorische, die drei weiteren Klassen als fakultative gedacht. Bei weiterer Selbstentwertung sollen die fakultativen Klassen zu obligatorischen umgewandelt werden und die drei niederen Klassen verschwinden. Die Unterstützungssätze bei Arbeitslosigkeit bewegen sich nach der neuen Festsetzung zwischen 1,25 M. und 12 M. täglich und 9 und 72 M. wöchentlich, die innerhalb 78 Wochen zu beziehenden Summen zwischen 52,50 und 960 M. bei einer Bezugsdauer von 42 bis 80 Tagen und je nach Höhe der Beitragsleistung. Krankenunterstützung 1 bis 4,50 M. täglich, 6 bis 27 M. wöchentlich und 42 bis 600 M. innerhalb 78 Wochen. Die Umzugsunterstützung beträgt 60 bis 450 M., das Sterbegeld 75 bis 600 M. Invalide Mitglieder erhalten im Quartal eine Unterstützung von 150 M. bei einem Beitrag von 10 Pf. wöchentlich. Die Streikunterstützung wurde bei 13wöchiger Mitgliedsdauer auf 90, 150, 240, 290, 350, 435, 495 und 570 M. wöchentlich festgesetzt.

Die neuen Unterstützungssätze treten, mit Ausnahme der Streikunterstützung, am 1. Oktober, die Streikunterstützung am 13. August in Kraft.

## Versammlungsberichte.

Berlin-Charlottenburg. In der Zahlstellenversammlung vom 21. Juni wurde zunächst der verstorbenen Kollegen Eilert und Böhm ehrend gedacht. Die Vorschläge der Verwaltung betr. Revisoren beim Hauptvorstand werden einer Diskussion unterzogen und schließlich einstimmig angenommen. Als Revisoren werden der Gen.-Vert. somit vorgeschlagen die Koll. Kemer, Hennig, Müller, als Stellvertreter die Koll. Seberin, Krebs und Hein. Die Delegierten der Zahlstelle, die Koll. Storch und Schlater, legen nunmehr ihre Stellung zur Verschmelzung und zu den Arbeitsgemeinschaften dar. Koll. Storch erklärt, daß er im Prinzip für die Verschmelzung eintrete und die Arbeitsgemeinschaften für ein gegenwärtig noch brauchbares Instrument halte. Koll. Schlater bekennt sich als entschiedener Gegner der Arbeitsgemeinschaft und meint auch, daß hinsichtlich der Verschmelzung etwaige Hindernisse überwunden werden müßten. — Koll. A. Schulze fordert die Kollegen auf, rückständige Extrabeiträge für die streikenden Metallarbeiter schleunigst an die Zahlstellenkasse abzuführen. Es ist Pflicht des einzelnen, diesen Beitrag zu leisten. — Mit einer Besprechung der Maifeier und einer Kritik an dem Wahlmodus für die Wahl unserer Delegierten zum Gewerkschaftskongress ist das Ende erreicht.

Firschenreuth. Die am 12. Juni stattgefundene Zahlstellenversammlung protektiert aufs schärfste gegen das auf so lange Zeit abgeschlossene Lohnabkommen mit seinen höchst ungenügenden Verbesserungen. Durch diesen Schiedsspruch ist die Existenzmöglichkeit der Arbeiterschaft viel zu wenig berücksichtigt worden. Die Forderung schreitet von Woche zu Woche rapid weiter, von einer Stabilisierung keine Ahnung und die Porzellanarbeiter sind wieder auf zwei Monate festgenagelt.

## Literarisches.

Das „Reichsmietengesetz“, das für die Allgemeinheit von einschneidender Bedeutung ist, bringt sowohl für den Mieter als auch für den Vermieter viel neue Bestimmungen, zu deren Durchführung der einfache Wortlaut des Gesetzes nicht ausreichen wird. Ein zuverlässiger Behelf für die praktische Anwendung des Gesetzes ist der in dem Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin S.W. 68, auf Grund des amtlichen Materials erschienene „Kommentar zum Reichsmietengesetz“ von Hans Krüger, Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium. (Ladenpreis gebunden 20,— M., gebunden 30,— M.) Das Buch enthält im ersten Teil eine kurze Übersicht über die bis

berige Entwicklung des Mietrechtes in Deutschland, insbesondere über die Mieterschutzgesetzgebung während des Krieges und der Nachkriegszeit. Sodann wird die Vorgeschichte des Reichsmietengesetzes und die Neuregelung des Mieterschutzrechtes erörtert. Der zweite und hauptsächlichste Teil bringt den Gesetzestext mit eingehenden Erläuterungen, welche sowohl die damit zusammenhängenden rechtlichen Fragen behandeln, als auch die praktische Anwendung des Gesetzes ausführlich darstellen. Auf Grund dieser Erläuterungen ist jeder Mieter und Vermieter sofort in die Lage versetzt, den neuen Mietpreis sowie die sonstigen neuen gegenseitigen Rechte und Pflichten selbst festzustellen und richtig durchzuführen. Auch Mietseiningangsämter und sonstige Behörden, Rechtsanwälte und Vereine werden in diesem Kommentar einen ausgezeichneten Behelf für die Durchführung des Reichsmietengesetzes finden.

### Bibliothek-Leser!

Berlin. Es hat sich bisher trotz wiederholter Mahnungen nichts daran geändert, daß eine große Anzahl Leser die vorgeschriebene Entleihszeit (4 Wochen) überschreitet, ohne Verlängerung zu wünschen. Wie es scheint, werden die Bücher entliehen, gelesen und dann zu Hause einfach in die Ecke gelegt, ohne Rücksicht auf die übrigen Kollegen, die auch gerne ein gutes Buch lesen und pünktlicher im Abgeben sind. Die Kontrollliste weist zurzeit eine große Anzahl Kollegen auf, die Bücher bis zu einem halben Jahre in Händen haben. Das darf es für die Zukunft nicht mehr geben.

Alle Kollegen, die Bücher aus der Berliner Bibliothek über 4 Wochen in Händen haben, werden hiermit aufgefordert, die Bücher sofort nach Erscheinen dieser Notiz im Bureau abzugeben.

Sollte diese erneute Mahnung nicht fruchten, so wird die Verwaltung Mittel finden, um säumigen Kollegen den Weg zur Ordnung zu zeigen. Die Verwaltung.

### Versammlungs-Anzeigen.

Berlin-Charlottenburg. Zahlstellenversammlung Mittwoch, den 19. Juli, 7 Uhr, im Speisesaal der Staatlichen Porzellanmanufaktur, Wegelstraße, am Bahnhof Tiergarten. Tagesordnung: Bericht von der Generalversammlung.

Westen. Die Zahlstellenversammlungen finden Mittwochs nach dem 1. jeden Monats statt. Erscheinen sämtlicher Kollegen und Kolleginnen bringend erforderlich.

Bezirk Waldeburg. Königszeit: 18. Juli, 5 Uhr. — Schweidnitz: 20. Juli, 1/8 Uhr. — Waldenburg: 25. Juli, 1/8 Uhr. — Altwasser: 27. Juli, 1/8 Uhr. Tagesordnung in allen Versammlungen: 1. Kartelle, Syndikate und Trusts. Referent: Hirsch. 2. Betriebsangelegenheiten.

### Adressenänderungen.

Großalmerode, Bezirk Kassel. Vorsitzender: Ferdinand Amel, Messmüller, Hof Faulbach. Kassierer und Schriftführer: Joseph Weht, Dreher, Hof Faulbach. Revisoren: Ernst Bonhof, Gieker, Berliner Landstr. 24 1/2; Dora Schäl, Quetscherin, Berliner Landstraße, Neubau 2.

Köln. Schriftführer: Karl Jahn, Köln-Ehrenfeld, Simrodstraße 23. Revisoren: Viktor Schlosser, Matthiasstr. 26; Adam Schmitz, Köln-Bickendorf, Dechenstr. 42.

Böckneck. Revisor: An Stelle Karl Apel jetzt Otto Okwald, Gieker, Krautstr. 5.

### Aufruf!

Unser Kollege Max Verschl, Schmelzer, steht im Alter von 70 Jahren und ist seit November v. J. krank. Da er in allen Klassen ausgesteuert ist, befindet er sich in einer sehr traurigen Lage. Wir haben den Kollegen schon öfter unterstützt und richten nun an die anderen Zahlstellen die Bitte, uns dabei zu helfen. Kollege V. ist seit 1917 organisiert. Geldsendungen sind zu richten an den Kassierer Karl Käs, Dreher, Krummenau bei Erbsdorf (Oberpfalz), Nr. 21 1/2.

### Mitterteich. Berichtigung.

In dem Aufruf für die Kollegen Brandl und Bang in Nr. 26 der „Ameise“ muß es heißen: Brandl ist Mitglied seit 1912 (nicht 1920).

### Quittung.

Gemäß der Bekanntmachung des Verbandsvorstandes in Nr. 21 der „Ameise“ betreffs des zu leistenden Extrabeitrages für die Metallarbeiter sind in der Zeit vom 30. Juni bis einschließlich 7. Juli nachfolgende Beträge eingegangen von:

Altentundstadt 268,—; Bayreuth 1202,—; Cassel 112,—; Duisdorf 423,—; Eibersfeld 85,—; Flörsheim a. M. 612,—; Freital-Botschappel 783,—; Grünstadt 1138,—; Hirschau 762,—; Köppelsdorf 678,—; Leipzig 61,—; Lettin 320,—; Neuhaldensleben 4522,—; Peterwitz 138,—; Rößlau 1000,—; Schanberg 320,—; Schirnding 883,—; Schönwald 3600,—; Schramberg 884,—; Schwarzenfeld 234,—; Stadtlim 232,—; Stadtlengsfeld 1185,—; Waldenburg 2217,50; Walbsaffen 2331,—; Zwidau, 2. Rate, 140,— Mt. Zusammen: 86 180,50 Mt. Bereits quittiert: 145 449,— Mt. Summe: 181 629,50 Mt.

Trotz der öffentlichen Mahnung in Nr. 26 der „Ameise“ haben folgende Zahlstellen den Extrabeitrag für die Metallarbeiter noch nicht an die Hauptkasse abgeliefert:

Arnstadt, Arzberg, Berlin, Bonn, Coburg, Goldzig, Eisfeld, Eiterwerda, Emmerich, Frankfurt a. M., Freiberg i. S., Freienort, Gräfenhal, Greußen, Hennigsdorf, Hochstadt, Lößnitz, Hornberg, Jümenau, Kahlütte, Kirchenlamitz, Köln, Kups, Laasdorf, Lamspringe, Lauf, Mannheim, Margarethenhütte, Marktzeuthen, Meiningen, Mühlader, München, Müsch, Naila, Oberhausen, Oos, Osterode, Passau, Pausa, Ratingen, Rheinbach, Rodach, Rudolstadt, Schornborn, Schwandorf, Schwarzenbach, St. J., Steinbach, Steinwiesen, Tettau, Thiersheim, Tirschenreuth, Velten, Weiden, Weiskammer, Windisch-Eschenbach, Wittenberg und Zeitz.

### Weiden.

Die Zahlstelle Weiden begehrt am 29. und 30. Juli ihr 30jähriges Bestehen. Samstag, den 29. Juli, abends, im „Schönenhaus“ Konzert. Sonntag, den 30. Juli, nachmittags 2 Uhr, Festzug zum „Schönenhaus“; dortselbst Begrüßungschor, Festrede, Instrumentalkonzert, turnerische Aufführungen und Gesangsvorträge. Abends ab 8 Uhr Tanzunterhaltung. An die umliegenden Zahlstellen ergeht hiermit freundlichste Einladung. Die Verwaltung.

### Briefkasten der Redaktion.

Versammlungsberichte aus Annaburg, Darmstadt, Netphen, Windisch-Eschenbach und Zwidau mußten wegen Raumangel zurückgestellt werden.

### Sterbetafel.

Annaburg. Wilhelm Wenzel, Muffelbrenner, geboren am 19. Oktober 1882, gestorben am 17. Juni an Lungentzündung. Mitglied seit 1919.

Dresden. Gustav Schröder, geboren am 23. Juni 1854, gestorben am 11. Mai durch einen Betriebsunfall. Mitglied seit 1919.

Farge. Karl Weking, Packer, geboren am 27. September 1878 in Neuenkirchen, Kreis Blumenthal, gestorben am 1. Juli an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1919.

Frankfurt a. O. Pauline Seidel, Giekerin, geboren am 23. Januar 1869, gestorben am 20. Juni an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1918.

Grünstadt. Johannes Lohr, geboren am 7. März 1883 in Herzheim a. Berg, gestorben am 23. Juni in Neuleiningen durch Erhängen (tiefsinnig). Mitglied seit 1919.

Kirchenlamitz. Georg Bloß, Porzellanarbeiter, geboren am 30. Oktober 1903, gestorben am 1. Juli an Lungentzündung. Mitglied seit 1921.

Mitterteich. Josef Seib, Kapseldreher, geboren am 5. Mai 1856 in Wiefau, gestorben am 24. Juni an Lungentzündung. Mitglied seit 1920.

Selb-Blöckberg. Hermann Radwornicek, Hofarbeiter, geboren am 26. Oktober 1897, gestorben am 17. Juni an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1919.

Ehre ihrem Andenken!

### Arbeitsmarkt.

Einige tüchtige Dreher für unsere Isolatorenabteilung werden eingestellt. Ledige wegen Wohnungsmangel bevorzugt. S. Schomburg & Söhne, Akt.-Ges., Porzellanfabrik, Rosslau i. Anhalt.

Ein tüchtiger Formgießer, der auch im Einrichten bewandert ist, wird gesucht. Ledige wegen Wohnungsmangel bevorzugt. S. Schomburg & Söhne, Akt.-Ges., Porzellanfabrik, Rosslau i. Anhalt.

Einige jüngere ledige Unterglasurmalerei für Freihandmalerei und Schablonenarbeit gesucht. Angebote erbeten an Schramberger Majolikafabrik, G. m. b. H., Schramberg i. Württhg.

Einige perfekte Dreher für Schalen und Becher stellen noch ein C. & E. Carstens, Sorau (M.-L.).

Ich suche zum sofortigen Eintritt zwei jüngere Maler. Freihandmalerei ist mit erforderlich. Hermann Peter, Porzellanmalerei, Reichenbach (S.-A.).

Tüchtige Maler, möglichst auch Strichzieher, gesucht. Johann Breitenstein, G. m. b. H. Fabrik für feine dekorierte Latierwaren, Emmerich a. Rhein.

Geübte Stahlstichkantendruckerin sucht Carl Moritz, Porzellanfabrik, Taubenbach, Post Wallendorf (S.-M.).

Tüchtige Figuristen für weltliche Figuren in Gips stellen ein Romolo Carli & Sohn, Figurenfabrik plastischer Kunstwerke, Kassel.

Gelernter Gießer auf sanitäre Spielwaren, mit dem modernsten Gießverfahren betraut, der auch die gesamte Formerei dieser Branche beherrscht (auch Feuerston), sucht baldmöglichst anderweitig gut passende Stellung in dieser Branche. Zuschrift an die Redaktion der „Ameise“ unter G. R. erbeten.

Junge Mädchen für die Malerei sucht Porzellanfabrik Carl Moritz, Taubenbach, Post Wallendorf, S.-M.

Modelleinschichter, der sich auch als Obergießer eignen würde, für sofort gesucht. Ledige wegen Wohnungsmangel bevorzugt. Zuschriften an Otto Blume, Strehla a. d. Elbe i. Sachsen, Wabergasse 195.

Maler, ledig, 25 Jahre, tüchtig und perfekt in allen vorfindenden Arbeiten der Malerei, wie Auf- und Unterglasur, sowie Entwerfen von Mustern und Brennen der Muffel, sucht seine Stellung als Obermaler oder dergl. im In- oder Auslande zu verbessern. Zuschriften an die Redaktion der „Ameise“ unter „R. 18“ erbeten.

Zapfendreher, Geschirrdreher mit Angabe, wo überall tätig gewesen, gesucht. Offerten an die Geschäftsstelle der „Ameise“ unter „R. 17“ erbeten.

Einige perfekte Blecher für Pannen und Tafelgeschirr stellen noch ein  
E. & C. Carstens, Porzellanfabrik, Sorau, N.-L.

Tüchtige Dreher für dünne Becher auf Schubscheibe sucht  
gegen gute Bezahlung  
Reihner Ofen- und Porzellanfabrik (vorm. C. Leichert), Meissen.

Ordnlicher, tüchtiger, möglichst lediger Kapselbreher, welcher mit Hand und auf Maschine formen kann, für Steingutfabrik Mitteldeutschlands gesucht.

Angebote unter „N. 19“ an d. Geschäftsstelle d. „Ameise“ erbeten.

Gesucht von einer größeren Steingutfabrik Norddeutschlands zum sofortigen Antritt einige Tellerdreher, möglichst unverheiratet.

Angebote unt. „N. 20“ an d. Geschäftsstelle d. „Ameise“ erbeten.

Unterglasurmaler (verheiratet), perfekt in Schablonenschneiden, Spritzarbeiten und mit allen vorkommenden Arbeiten der Unterglasur vertraut, sucht sich baldmöglichst zu verändern. Wohnung erwünscht.

Briefschaften an die Redakt. der „Ameise“ unter „N. 21“ erbeten.

Tüchtiger Puppenkopfmaler kann sofort bei uns eintreten.  
Schühmeister & Duenbt, Gotha.

Geschickte Dreher für dünne Tassen stellt noch ein  
E. & C. Carstens, Porzellanfabrik, Sorau.

Tüchtiger Tellerdreher auf Blatt gesucht. Lediger wegen Wohnungsmangel bevorzugt.

Porzellanfabrik Rall, Eisenberg, Thür.

Gelernter Porzellanschleifer, flotter, sauberer Arbeiter, sucht Stellung. Familienwohnung erwünscht. Angebot unter „N. 3“ an die Expedition der „Ameise“.

Einige tüchtige ledige Strichzieher und Ränderer sofort gesucht.  
Johann Breidenstein, G. m. b. H., Mech- und Lackierwarenfabrik, Emmerich a. Rhein.

Zuverlässiger Brenner für Muffelöfen wird gesucht von  
Rich. Stephan, Porzellanmalerei, Berlin SO. 16, Neanderstr. 16.

Teller-Dreher für sauberste Arbeit gesucht.  
A.-G. Porzellanfabrik Rudolstadt, Rudolstadt.

Wir suchen einige tüchtige unverheiratete Dreher für die Geschirrfabrikation zum sofortigen Antritt.  
Hans Bauer jun. & Co., Würzzuschlag (Steiermark).

Porzellanmaler für Auf- und Unterglasur, sowie im Spritzverfahren und Schablonenschneiden vertraut, wünscht seine Stelle als Maler- oder Druckereileiter zu verändern.  
Gefl. Offert. unter B. 3. an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Gewandter Schriftmaler für Apothekenstandgefäße aus Glas und Porzellan per sofort gegen höchsten Akkordlohn gesucht.  
Janke & Kunze, Köln, Im Sionstal 29/31.

Mobeleinrichter für sofort gesucht. Wohnung mit Garten kann im neuen Wohnhause im Herbst zur Verfügung gestellt werden.  
Thomsberger & Hermann, A.-G., Goldzig i. Sa.

Geübte Stahlstichdruckerin sucht  
Bestf. Porzellan- und Glasniederlage, Dortmund, Porzellan- und Glasmalerei.

2 Steingutdreher als Ueberformer, Einformer und Hoblformer, auch auf Schubscheibe gut eingearbeitet, verheiratet, suchen Stellung, wenn möglich, mit Wohnung.

Efferten erbeten an Julius Neumann, Steingutdreher, Heimkehrlager Nordholz, Kreis Lehe, Wohngebäude Nr. 3.

Formengießer, ledig, der an sauberes, selbständiges Arbeiten gewöhnt ist, zum sofortigen Eintritt gesucht.  
Porzellanfabrik Königszell, Königszell i. Schlessen.

Flotter Maler, gut eingearbeitet in Staffagen und Rändern, wird sofort eingestellt. Ledige bevorzugt.  
Edmund Krüger, Porzellanfabrik, Blankenhain b. Weimar.

Gewissenhafter Brenner für Ofen mit überschlagender Flamme gesucht, der Garantie für Erzielung guter Brände gewähren kann. Bei zufriedenstellender Leistung Aussicht auf Löhnerhöhung. Für Verheiratete ab Herbst Wohnung vorhanden. Reichenbacher Porzellanfabrik E. & C. Carstens-Reichenbach (S.-A.), Stat. Hermsdorf-Kloster-Rositz.

Einige tüchtige Dreher und Becherdreher für Schubscheibe gesucht.  
Reihner Ofen- und Porzellanfabrik (vorm. C. Leichert), Meissen.

## Geschäfts-Anzeigen.

Meinen werten Kollegen und Kolleginnen zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich einen Bestand von Violinen, Gitarren und Mandolinen eröffnet habe. Später werde ich auch handgemachte Akkordions, Banjos, Zithern und alle Bestenstücke annehmen.

Es ist mein eifrigstes Bestreben, meine werte Kundenschaft bestens und billigst zu bedienen.  
Max Lang, Weiden (Bayern), Fühlstraße 66.

Goldwasche, Lappen, Abfälle, Poliergoldwasche, je nach Prozentgehalt 100 Mt. und mehr für das Gramm. Glanzgoldwasche 80 Mt. für das Gramm. Zahle je nach Stand die höchsten Tagespreise. Sofort Kasse! Eigene Schmelzanlage!

H. Geyer, Goldarbeiter, Selb i. Bayern.

Kaufe ständig

Goldschmiere, goldhaltige Asche, Lappen usw. zu höchsten Tagespreisen und sofortiger Kasse.

Martin Kaufmann, Zwickau i. Sa., Werbauer Str. 25.

Höret — lejet — stauet

über die hohen Preise, die ich für Goldschmiere, -Asche, -Lappen und -Flaschen zahle. B. V. für Glanzgoldflaschen 30 bis 40 Pf. mit Stöpsel, Poliergoldflaschen mit Stöpsel 40 bis 70 Pf., je nach Gehalt. Alle Sendungen werden sofort erledigt.

Kurt Rottmann, Stadtilm i. Thür., Bahnhofstr. 1.

Goldschmiere, goldhaltige Lappen, Asche, Flaschen und Winkel kauft ständig bei reeller Bedienung zu höchsten Tagespreisen  
Oskar Rottmann, Stadtilm in Thüringen.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere

owie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen

Emil Theimer, Langewiesen b. Jlm., Thür.

## CHRISTOP SACK

SCHWARZENBACH A. D. SAALE

Import und Export von Schwämmen, speziell für die keramische Industrie. Stets großes Lager in sämtlichen vorkommenden Sorten. Muster bereitwilligst. Fernsprecher Nr. 17



Goldhaltige Schmiere — Lappen — Asche — Winkel — Flaschen — Metallrückstände usw. zum Einschmelzen kauft

M. Köhler, Dresden-N., Gerichtstr. 8 u.

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Gold, Platin und Silberabfälle aller Art

Gege.  
1896.  
—  
Basta  
Bedien.



Entf.  
Platin-  
Silber-  
abfälle  
und  
Ausrüst.

Seifert, Zwickau i. S., Osterwollstr. 32.

Goldabfälle aller Art, wie Lappen — Schmiere — Asche — Flaschen usw., auch ausgebranntes Gold, kauft stets zu höchsten Tagespreisen

Christoph Geier, Höchstädt b. Ehlersheim, Oberfranken.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle, wie Asche, Schmiere, Lappen, Winkel, Flaschen zahle. Zahle für leere Glanzgoldflaschen mit Stöpsel 30—50 Pf., für leere Poliergoldflaschen mit Stöpsel, 10 Gramm, 50—100 Pf., je nach Inhalt. Bei den hohen Postgebühren will ich es meiner werten Kundenschaft ermöglichen, mir die Treue zu wahren, indem ich derselben die Gebühren zurückerstatte.

Eine weitere Berücksichtigung erbittet

A. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sachsen.

Offerierte hierdurch noch zu Uebergangspreisen für Dreher: Prima Benghaft-Zymocalschwämme, das Stück zu 20, 30, 40, 60, 80 Mark und höher; Levantiner, Glasur- und Garnierungsschwämme von 6 bis 100 Mt. pro Stück; echte Elefantenohren, das Pils 5000 Mt.; feine weiche, mittlere und große Reiffschwämme, das Pils 600 und 900 Mt.; handgroße Hardheadschwämme, mittlere Qualität für Steingut und Gießerei, das Pils (zirka 30 Stück enthaltend) 600 Mark; griechische Bierdeschwämme, von 5 bis 100 Mt. pro Stück. Versand nur in geschlossenen kleineren und größeren Posten.

D. Michelohn, Schwammgroßhandlung, Berlin C. 2, Brenzlauerstraße 42.

Emil Böhme, Eisenberg, S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere und sämtliche goldhaltige Sachen. — Aeltestes Geschäft dieser Art. — Streng reelle und pünktliche Bedienung. — Zahle z. B.: für leere Glanzgoldflaschen mit Stöpsel, je nach Gehalt, bis 1.— Mt. p. Stück, für leere Poliergoldflaschen mit Stöpsel, je nach Gehalt, bis 1,50 Mt. p. Stück, für Poliergoldwasche, je nach Goldprozentgehalt, bis 100.— Mt. p. Gramm, für Glanzgoldwasche, je nach Goldprozentgehalt, bis 85.— Mt. p. Gramm, für Glanzgold, Goldlappen, Schmiere usw. zum Einschmelzen die höchsten Tagespreise. — Prospekt wird auf Wunsch kostenfrei zugesandt.

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen.  
Redaktion: Albin Karl, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.  
Verlag: Wilhelm Herben, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.  
Druck von E. Janiszewski, Berlin SO., Elisabeth-Ufer 2/28.